

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/013(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 23.04.2021	Ratssaal	15:00Uhr	16:25Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05. 03. 2021 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Magdeburger bleiben und werden - sinkenden Einwohnerzahlen entgegenwirken
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz A0018/21
 - 5.1.1 Magdeburger bleiben und werden - sinkenden Einwohnerzahlen entgegenwirken
BE: Oberbürgermeister S0094/21
 - 5.2 100 Jahre Magdeburger Zoo- Zukunftskonzept 2050
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz A0254/20

5.2.1	100 Jahre Magdeburger Zoo- Zukunftskonzept 2050 BE: Bürgermeister	S0082/21
5.3	Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil Fraktion GRÜNE/future! WV vom 05. 03. 2021	A0105/20
5.3.1	Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025 SR Liebau Fraktion GRÜNE/future! SR'in Middendorf CDU-Ratsfraktion SR Papenbreer Fraktion FDP/TSP	A0105/20/1
5.3.2	Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025 CDU-Ratsfraktion	A0105/20/1/1
5.3.3	Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	S0016/21
5.4	Transparente Kommunikation über die Erreichbarkeit des Jugendamtes Fraktion DIE LINKE	A0258/20
5.4.1	Transparente Kommunikation über die Erreichbarkeit des Jugendamtes BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0036/21
5.5	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! Fraktion DIE LINKE	A0265/21
5.5.1	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! Fraktion AfD	A0265/21/1
5.5.2	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! Fraktion DIE LINKE	A0265/21/2
5.5.3	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0037/21
6	Informationen	
6.1	Berichterstattung über den Fortgang des Bauvorhabens "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand 1. Halbjahr 2021 - BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0053/21
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Oliver Müller

Jens Rösler

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Matthias Boxhorn

Carola Schumann

Mirko Stage

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. Stadtrat Schuster

i.V.f. Stadträtin Dr. Hüskens

i.V.f. Stadtrat Meister

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Lydia Hüskens

Olaf Meister

Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 05. 03. 2021 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 05. 03. 2021 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger*innen anwesend.

5. Anträge

5.1. Magdeburger bleiben und werden - sinkenden Einwohnerzahlen entgegenwirken Vorlage: A0018/21

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, äußert die Zufriedenheit seiner Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung und gibt den Hinweis auf die erfolgte Beschlussempfehlung in den Ausschüssen FuG und KRB. Er kündigt an, zum Jahresende einen Antrag einbringen zu wollen, hinsichtlich der Bereitstellung der benannten Kosten in Höhe von 10.000 Euro für eine entsprechende Befragung in der Bevölkerung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0018/21 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 nicht zu beschließen.

5.1.1. Magdeburger bleiben und werden - sinkenden Einwohnerzahlen
entgegenwirken
Vorlage: S0094/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. 100 Jahre Magdeburger Zoo- Zukunftskonzept 2050
Vorlage: A0254/20

Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung äußert Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Enttäuschung hinsichtlich der Aussage des Magdeburger Zoo's, nicht in der Lage zu sein, etliche Punkte des Antrages, wie z.B. die Einrichtung einer Igelstation, umzusetzen. Er bezeichnet die Einschätzung des Zoo Magdeburg als nicht hinnehmbar und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass durch den Zoo Magdeburg doch noch ein Zukunftskonzept erarbeitet wird.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, unterbreitet den Vorschlag, den Punkt 3 des Antrages getrennt abzustimmen. Er informiert, dass zum Antrag durch den Geschäftsführer des Zoo Magdeburg Herr Wilke in den Ausschüssen FG und StBV vorgetragen wurde. Obwohl in den Ausschüssen keine Beschlussempfehlung erfolgte, wurde zu diesem jedoch Wohlwollen geäußert.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert seinen Unmut, dass der Geschäftsführer Herr Wilke nicht zum Verwaltungsausschuss geladen wurde, da er gern Informationen aus erster Hand hätte haben wollen.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, bezeichnet es als problematisch, dass es keinen Ausschuss gibt, der originär für Tiere bzw. Tierschutz zuständig ist. Er spricht sich dafür aus, diese Thematik bei der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Stadtrates zu beachten.

Der Oberbürgermeister äußert, dass in der Verwaltung darüber nachgedacht wird, wo diese Thematik zugeordnet werden kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Punkt 3 – Errichtung einer Auffangstation für Igel im Zoo – des Antrages A0254/20 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, die Punkte 1, 2, 4 und 5 des Antrages A0254/20 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 nicht zu beschließen.

5.2.1. 100 Jahre Magdeburger Zoo- Zukunftskonzept 2050
Vorlage: S0082/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.3. Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ -
zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil
Vorlage: A0105/20
 - 5.3.1. Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025
Vorlage: A0105/20/1
 - 5.3.2. Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025
Vorlage: A0105/20/1/1
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger teil.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, bringt den Antrag A0105/20 seiner Fraktion ein. Er gibt den kritischen Hinweis darauf, dass dieser bereits vor fast einem Jahr im Stadtrat eingebracht wurde. Im Weiteren legt er dar, dass die nunmehr erfolgte Stellungnahme der Verwaltung im Änderungsantrag A0105/20/1 berücksichtigt wurde und bittet um Zustimmung im Sinne dieses Änderungsantrages.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, informiert begründend zum Änderungsantrag A0105/20/1/1, dass sich seine Fraktion umfassend mit der Thematik beschäftigt habe. Hier werde die Meinung vertreten, dass seitens der Verwaltung glaubhaft dargelegt werden konnte, viele Maßnahmen bereits durchzuführen. Jedoch werde das Thema der Nachhaltigkeit noch als Schwerpunkt gesehen, die weiteren im Änderungsantrag A0105/20/1 enthaltenen Punkte aber für überflüssig gehalten.

In ihren Ausführungen verweist die Beigeordnete Frau Stieger darauf, dass eine Arbeitsstätten- und Gewerbeflächenstudie in Magdeburg bereits in Arbeit sei, ebenso eine Standortpotenzialanalyse. Sie bezeichnet es als selbstverständlich, im Ausschuss WTR über den Umsetzungsstand zu berichten. Mit dem Hinweis darauf, dass die im Punkt 2 des Antrages geforderte Erarbeitung von thematischen Schwerpunkten der Standort-Weiterentwicklung bereits erfolgt, hält sie eine Beschlussfassung für nicht mehr erforderlich.

Bezug nehmend auf die in der Stellungnahme der Verwaltung gegebene Empfehlung hinsichtlich einer Ablehnung des Antrages unterbreitet Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz den Vorschlag, den Antrag zurückzuziehen.

Stadtrat Stage, Fraktion FGRÜNE/future!, informiert, dass der Änderungsantrag A0105/20/1 in den Ausschüssen FG und WTR zur Beschlussfassung empfohlen wurde und der Änderungsantrag A0105/20/1/1 im Ausschuss FG nicht empfohlen wurde. In beiden Ausschüssen wurde mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass mehr Substanz des Antrages erhalten bleiben soll.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich dafür aus, dass sich die Antragsteller zusammensetzen sollten und diskutieren, ob es noch weitere Ideen gibt. Er sieht es als günstig an, dann einen gemeinsamen Antrag zu stellen.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag A0105/20/1/1 der CDU-Ratsfraktion unterbreitet Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, den Vorschlag, nur die Streichung im 1. Absatz zu übernehmen, die weiteren vorgeschlagenen Streichungen jedoch nicht.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, schlägt vor, nur dem 1. Absatz des Änderungsantrages A0105/20/1/1 der CDU-Ratsfraktion zuzustimmen und die Punkte des Änderungsantrages A0105/20/1 beizubehalten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme dem Stadtrat, den 1. Absatz des Änderungsantrages A0105/20/1/1 der CDU-Fraktion in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen dem Stadtrat, die Punkte 1 - 3 des Änderungsantrages A0105/20/1/1 der CDU-Ratsfraktion in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 nicht zu beschließen.

Mit dieser Abstimmung empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Stadtrat die Beschlussfassung des Änderungsantrages A0105/20/1 unter Beachtung des geänderten Änderungsantrages A0105/20/1/1. Eine Abstimmung zum Antrag A0105/20 der Fraktion GRÜNE/future! hat sich mit dieser Beschlussempfehlung erledigt.

5.3.3. Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil Vorlage: S0016/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Transparente Kommunikation über die Erreichbarkeit des Jugendamtes Vorlage: A0258/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

Stadträtin Lösch, Fraktion DIE LINKE, macht umfassend Ausführungen zur Genese und zum Anliegen des Antrages A0258/20 ihrer Fraktion. Sie äußert ihre Enttäuschung über die Stellungnahme der Verwaltung und legt dar, dass es Anliegen ihrer Fraktion sei, dem Jugendamt Hilfe und Unterstützung geben zu wollen.

Hinsichtlich der Erreichbarkeit des Jugendamtes äußert Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, ein positives Bild zu haben. Wie auch bereits im Jugendhilfeausschuss von ihm dargelegt, sollten bei mögliche Probleme auch konkrete Beispiele benannt werden. Er sieht den Antrag als hinfällig an und spricht sich für eine Ablehnung aus.

In ihren Ausführungen merkt die Beigeordnete Frau Borris an, dass in den Ämtern ihres Verantwortungsbereiches das Arbeiten durch das Homeoffice eingeschränkt ist. Sie führt aus, dass im Jugendamt 300 Mitarbeiter*innen tätig sind. Um bei etwaigen Problemen gegensteuern zu können, müssen diese konkret benannt werden. Insbesondere macht sie darauf aufmerksam, dass konkret festgelegt wurde, wie eine Erreichbarkeit der Mitarbeiter*innen gesichert werden kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0258/20 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 nicht zu beschließen.

- 5.4.1. Transparente Kommunikation über die Erreichbarkeit des Jugendamtes
Vorlage: S0036/21
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.5. Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern!
Vorlage: A0265/21
- 5.5.1. Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern!
Vorlage: A0265/21/1
- 5.5.2. Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern!
Vorlage: A0265/21/2
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht Ausführungen zum Anliegen des Antrages A0265/21. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung sieht er hierin keine Lösung, wie den Betroffenen Achtung entgegengebracht und ihre Tätigkeit während der Pandemie gewürdigt wird. Insbesondere sieht er eine Ungleichbehandlung zwischen Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst und Mitarbeiter*innen Freier Träger.

Die Beigeordnete Frau Borris führt aus, ebenfalls erkannt zu haben, dass hier eine Ungleichbehandlung besteht. Sie legt dar, dass in einigen Fällen Prämienzahlungen möglich sein werden, jedoch unter bestimmten rechtlichen Bedingungen. Alles andere ist eine freiwillige Leistung, die die Stadt bei der derzeitigen Haushaltslage nicht finanzieren kann.

Der zum Tagesordnungspunkt anwesende Leiter des Amtes 30 Herr Marske ergänzt, dass es gem. den Regelungen des SGB VIII für die laufenden Verträge der Freien Träger verboten sei, noch freiwillige Leistungen dazu zu bezahlen.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, merkt an, dass es Freie Träger gibt, die entsprechende Prämien gezahlt haben. Es sollte den Trägern überlassen bleiben, ob sie solche Zahlungen vornehmen. Er kündigt an, dem Antrag nicht zuzustimmen. Zuerst müsse geklärt werden, wie die Freien Träger finanziell dastehen.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, geht auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses ein. Hier sei eine Drohkulisse aufgebaut worden mit dem Hinweis, dass, wenn keine Prämien gezahlt werden, mit Kündigungen in Größenordnungen zu rechnen sei. Hierzu merkt er an, dass durch die Pandemie bereits viele Menschen in Kurzarbeit sind bzw. arbeitslos wurden. Das Anliegen des Antrages sei verständlich, deshalb habe auch seine Fraktion den Änderungsantrag A0265/21/1 eingebracht.

Stadtrat Boxhorn, CDU-Ratsfraktion, macht darauf aufmerksam, dass viele, die im Rettungsdienst tätig sind, auch keine Corona-Prämien erhalten. Das Problem hierbei sei die Tarifautonomie. Auch gibt es keine gesetzlichen Regelungen dafür, dass Krankenkassen die finanziellen Mittel für derartige Zahlungen zur Verfügung stellen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die Aussage des Stadtrates Boxhorn. Er sieht hier jedoch die Verantwortung bei der Landeshauptstadt Magdeburg, da die Leistungen des Rettungsdienstes von der Stadt ausgeschrieben und auf dem Territorium der Stadt erbracht werden. Stadtrat Müller vertritt die Auffassung, dass die Rettung sichergestellt werden muss und dies durch die Stadt zu regeln ist. Sie sollte sich solidarisch zeigen, und entsprechende Zahlungen vornehmen. Er zeigt Verständnis, dass Verwaltungsmitarbeiter*innen auf Grund der tariflichen Regelung Prämien erhalten haben, sieht aber das Problem, dass hiermit Unfrieden geschaffen wird, auch im Bereich des Rettungsdienstes.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass es um Tarifverträge geht, und hier keine Einmischung möglich ist.

Im Weiteren äußert er seine Auffassung, dass der Stadtrat in seiner Entscheidung frei sei, jedoch auf der Basis der geltenden Gesetze. Eine Entscheidung im Sinne des vorliegenden Antrages bzw. der Änderungsanträge ist jedoch rechtlich nicht zulässig.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0265/21/1 der Fraktion AfD in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0265/21/2 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0265/21 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, in seiner Sitzung am 06. 05. 2021 nicht zu beschließen.

5.5.3. Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! Vorlage: S0037/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Informationen

6.1. Berichterstattung über den Fortgang des Bauvorhabens "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand 1. Halbjahr 2021 - Vorlage: I0053/21

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

In seinen Ausführungen zur Information legt der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann dar, dass es coronabedingt gerade bei Lieferungen von Baumaterial wie Stahl oder Holz zu Lieferschwierigkeiten kommt und sich dies auf den Bauablauf auswirken könnte.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, merkt kritisch an, dass ihm Zahlenmaterial hinsichtlich der Kosten fehle. Die in der Information enthaltenen Darstellungen sieht seine Fraktion als nicht zufriedenstellend an.

Hierzu macht der Oberbürgermeister auf eine entsprechende Beschlussfassung des Stadtrates im November 2020 aufmerksam. Das für diese Beschlussfassung vorlegte Zahlenmaterial habe sich nach seiner Kenntnis bis jetzt nicht verändert.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, legt dar, dass es in den vergangenen zwei bis drei Monaten Berichte gab, wonach es zu einer Steigerung von Baupreisen kommt. Er wirft die Frage auf, ob zu den bereits beschlossenen Kosten noch weitere Baukosten hinzu kommen.

Beantwortend informiert der Oberbürgermeister, dass es noch zwei ungeklärte Sachverhalte gibt, zu denen Förderanträge laufen. Zum einen handelt es sich um einen Nachtrag unabhängig von der geführten Klage. Ein hierzu vom Ministerium gefordertes Gutachten hinsichtlich der Anerkennung der Kostensteigerung liegt jetzt vor. Zum anderen handelt es sich um Sachnachträge, die sich aus den erhöhten Bodenuntersuchungen ergeben haben. Auch sei noch unklar, ob beim Land noch Hochwassermittel vorhanden sind oder diese bereits alle vergeben wurden. Abschließend führt er aus, dass aktuell keine Aussage zu Kostensteigerungen möglich ist.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, nimmt Bezug auf die Darlegungen im Punkt 7 – Finanzierung/Fördermittel/Kostenentwicklung – letzter Satz, dass sich derzeit die Kosten für den verzögerten Bauablauf in der finalen Beratung und Abstimmung befindet. Er deutet dies so, dass die Stadt nach Abschluss der Beratung und Abstimmung die erforderlichen Mittel bekommt. Zur Baustelle selbst äußert er positiv, dass hier massiv die Baufortschritte zu sehen sind.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Corona-Schnelltests

Namens seiner Fraktion dankt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, für die Bereitstellung der Tests. Einschränkend merkt er an, dass jedoch für das Fraktionspersonal keine Tests zur Verfügung gestellt wurden. Auch habe er gehört, dass jetzt, wo alle Stadträte und Stadträtinnen ihre Tests haben, entsprechende Testungen vor Ausschusssitzungen wegfallen sollen. Er wirft die Frage auf, wo sich sachkundige Einwohner und Mitarbeiter*innen der Fraktionsgeschäftsstellen testen lassen können.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass die erforderlichen Tests für die Mitarbeiter*innen der Fraktionsgeschäftsstellen zur Verfügung gestellt werden. Er verweist darauf, dass keine Pflicht für die Stadträte und Stadträtinnen besteht, sich vor Sitzungen zu testen. Zudem gebe es ausreichend Möglichkeiten, sich testen zu lassen.

7.2. Schülerticket

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, führt aus, dass zur o.g. Thematik seitens der Verwaltung eine Stellungnahme abgegeben werden sollte und bittet, diese im Wortlaut zu erhalten.

Im Weiteren hinterfragt sie die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit.

Der Oberbürgermeister führt hierzu aus, dass seitens des Landesverwaltungsamtes im Rahmen der Haushaltsverfügung der Hinweis gegeben wurde, dass eine separate Prüfung zur Thematik Schülerticket erfolgen wird. Hierzu erging die Aufforderung, den gefassten Beschluss nachzureichen. Dies erfolgte seitens des Bürgermeisters bzw. der Beigeordneten IV Frau Stieler-Hinz. Danach erging die Information durch das Landesverwaltungsamt, dass bis Ende März eine Anhörung im formellen Beanstandungsverfahren erfolgen soll.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass dieses Schriftmaterial zur Verfügung gestellt werden kann.

Weiterhin führt der Oberbürgermeister aus, dass die jetzt ergangene Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes eindeutig sei. Seitens der Verwaltung wurde sich darauf verständigt, eine entsprechende Drucksache dem Stadtrat am 06. 05. 2021 vorzulegen, dahingehend, den Beschluss des Stadtrates vom 03. 12. 2020 zum kostenlosen Schülerticket aufzuheben. Dann könne der Stadtrat entscheiden, ob dem zugestimmt wird, oder ob Widerspruch eingelegt wird. Hinsichtlich eines Widerspruches müsse durch den Stadtrat eine eindeutige Begründung vorgelegt werden. Die Verwaltung könne dies nicht.

Der Oberbürgermeister trifft die Feststellung, dass er eigentlich bereits nach erfolgter Beschlussfassung Widerspruch dagegen hätte einlegen müssen. Er zitiert aus der Begründung zur Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes einen hier enthaltenen Hinweis auf rechtswidriges Handeln. Um diesen Vorwurf zu entkräften, werde die Verwaltung die Arbeit zu dieser Thematik einstellen. Er bekräftigt nochmals seine Auffassung, dass seitens des Stadtrates eine Begründung für einen Widerspruch gefunden werden müsse.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, äußert den Gedanken, durch Verhandlungen mit marego eine Absenkung der erforderlichen Kosten zu erreichen und hinterfragt den Stand der bisherigen Verhandlungen.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass kein Fortschritt in den Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund marego und den Magdeburger Verkehrsbetrieben hinsichtlich der Gewährung eines Rabattes zu verzeichnen ist. Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen verweist er darauf, dass sich die Verwaltung am Beispiel der Stadt Rostock orientiert habe. Die Gewährung eines Rabattes würde eine Absenkung der Kosten um 2 Mio Euro bedeuten, aber nichts an der geltenden Rechtslage ändern, da immer noch ein Mehrbedarf 2021 in Höhe von 2,6 Mio Euro entsteht, der bei einem Haushaltsdefizit von ca. 30 Mio Euro nicht finanzierbar ist.

7.3. Impfzentren

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, wirft die Frage nach dem Zeitpunkt zur Aufgabe der Impfzentren auf. Er legt seine Auffassung dar, dass Impfungen durch Hausärzte besser und viel schneller durchgeführt werden können und hier zudem der bevorzugte Impfstoff ausgesucht werden kann. Ebenfalls äußert er kritisch, dass es schwer sei, hier einen Impftermin zu vereinbaren.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass die Stadt hier nicht allein entscheiden kann und sie im übertragenen Wirkungskreis handelt, da sie durch das LSA mit der Einrichtung der Impfzentren beauftragt wurde. Derzeit werden hier 2000 Impfdosen täglich verimpft. Eine Aufgabe der Zentren würde für die Stadt eine Entlastung bedeuten, jedoch könne die Einbeziehung von

Haus- bzw. Betriebsärzten noch nicht ausreichend erfolgen, da noch nicht ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht.

Eingehend auf die Aussage des Stadtrates Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, stellt Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! fest, dass die Anzahl der täglichen Verimpfungen in den Zentren höher ist, als das Hausärzte bisher leisten können. Ebenfalls könne er nicht bestätigen, dass Impftermine schwer zu erhalten seien. Nach seiner Auffassung werde in den Impfzentren eine hervorragende Arbeit geleistet.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, äußert aus persönlicher Sicht, gute Erfahrungen in Bezug auf die Arbeit der Impfzentren gemacht zu haben. Hinsichtlich der Einbeziehung der Hausärzte merkt er an, dass diese noch nicht die erforderlichen Kapazitäten haben, um die erforderlichen Impfungen vorzunehmen.

Durch den Oberbürgermeister wird der Hinweis gegeben, dass sich verschiedene Hausärzte erst gar nicht an der Impfaktion beteiligen, da sie den damit verbundenen arbeitstechnischen Mehraufwand nicht leisten können.

7.4. Rauchverbotszone vor dem Rathaus

Auf Nachfrage des Stadtrates Kohl, Fraktion AfD, hinsichtlich der Ausweisung einer Rauchverbotszone vor dem Rathaus stellt der Oberbürgermeister klar, dass durch ihn eine entsprechende Dienstanweisung auf Wunsch des Personalrates erlassen wurde. Diese besagt, dass Mitarbeiter der Verwaltung nicht mehr vor den Gebäuden des Alten sowie des Neuen Rathauses rauchen dürfen. Eine spezielle Rauchverbotszone wurde nicht ausgewiesen.

7.5. Mobile Gastronomiestände

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, hinterfragt eine ihm zugetragene Information, dass es immer noch ein Verbot gibt für die Anmeldung mobiler Gastronomiestände. Dies sei für ihn unverständlich, da es doch ein wenig Normalität bringen würde, wenn diese Stände erlaubt werden. Er bitte darum, dass diese Verbotsaussage revidiert wird.

Der Oberbürgermeister bestätigt diese Aussage und verweist auf die Situation im vergangenen Jahr, als alle Gastronomiebetriebe schließen mussten. Da war es nicht angebracht, mobilen Ständen aus anderen Gebieten eine Betreibung zu erlauben. Insbesondere merkt er an, dass ansässige Gastronomiebetriebe mobile Stände betreiben können, eine Erlaubnis an Fremde werde jedoch nicht erteilt.

7.6. Domplatz-Open-Air

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass auch in diesem Jahr die Open-Air-Veranstaltung auf dem Domplatz abgesagt wurde. Er nimmt Bezug auf eine Veröffentlichung in der Presse, in der für eine derartige Veranstaltung der Festplatz zwischen Stadthalle und Hyparschale in den Blick genommen wurde. Er wirft die Frage zum weiteren Verfahren auf und hinterfragt, ob eine Nutzung des Domplatzes für die Jahre 2022/2023 zu erwarten ist.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass, wenn er entscheiden könnte, der Domplatz noch weitere ein bis zwei Jahre genutzt werden könnte. Speziell zum erwähnten Festplatz führt er aus, dass für die Außenanlagen im Bereich Stadthalle/Hyparschale ein entsprechender Förderantrag der IB Bank vorliegt. In diesen Außenanlagen ist der Festplatz integriert und wird gebaut, wenn die Sanierung der Stadthalle 2024/2025 fast abgeschlossen ist.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, informiert, dass die Thematik im Ausschuss StBV diskutiert wurde. Im Ausschuss FG wurde die Bitte geäußert, seitens des Eigenbetriebes KGM eine entsprechende Drucksache bzw. Information vorzulegen. Seitens des Eigenbetriebsleiters wurde jedoch die Aussage getroffen, dass es keine Drucksache geben wird.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass eine entsprechende Drucksache zu den Außenanlagen vorgelegt wird.

7.7. Hygienekonzept für Sitzungen des Stadtrates

Mit dem Hinweis auf das Hausrecht im Ratssaal vertritt Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, die Auffassung, dass theoretisch durch den Stadtrat ein entsprechendes Hygienekonzept mit einer Verpflichtung zum Maskentragen und zur Durchführung von Schnelltests beschließen kann. Er kündigt an, ggf. einen entsprechenden Eilantrag in den Stadtrat einzubringen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin